



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 1. Juli 2019**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

## **34. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr.  
Ende der Sitzung: 17.37 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 33. Sitzung des Gemeinderates vom 03.06.2019 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.  
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

## Anwese nde

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):  
Margarete Josseck-Herd

#### Gemeinderäte:

DI. Gunter Haydinger  
Dietmar Marehard  
Egon Schatzmann  
Ingo Spindler

Christiane Kroiß  
Mark Paulusberger  
Ralph Schäfer, BSc  
Olivera Stojanovic, BSc

Elke Ruetz  
Ronald Schiefermayr  
Georg Tailf

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hofflehner                          Johann Reindl-Schwaighofer

#### Gemeinderäte:

Mag. Daniela Schindler  
Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert  
Laurien Scheinecker, BA  
Christian Kittenbaumer

Mag. Bernhard Humer  
KR. Karl Schönberger  
Barbara Wildfellner

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

#### Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar  
Sybille Prähofer

Stefan Haböck  
Markus Wiesinger

Augustine Hacker  
Walter Zaunmüller

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

#### Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Walter Teubl

### **NEOS**

#### Gemeinderat:

Markus Hufnagl

#### **Vom Magistrat:**

MD Dr. Peter Franzmayr  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

#### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaner  
Helga Rosenberger

#### **Entschuldigt:**

GR. Christian Fila, GR. Sandra Wohlschlager, GR. Mag. Sabine Brenner-Nerat, GR. Mag. Peter Sönsner

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 18.06.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Stadträtin Margarete Josseck-Herdts  
betreffend Kindergarten  
Verf-015-W-13-2019

Sehr geehrte Frau Stadträtin Josseck-Herdts!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Bereits in den Anfragebeantwortungen vom 16.10.2017 und 09.07.2018 wurde darüber Auskunft gegeben, dass eine wissenschaftliche Evaluierung der Sprachförderung im Kindergarten kommen wird. Leider gibt es nun diesbezüglich keine weiteren Informationen.
  - a. Wann ist mit einer Evaluierung zu rechnen?
  - b. Wer wird die Evaluierung durchführen?
2. Im Generationenausschuss vom 20.11.2017 wurde bereits angekündigt, dass eine Anfrage an das Land Oberösterreich gestellt wurde, um die Liste außerordentlicher SchülerInnen zu erhalten, anhand derer die konkreten Verbesserungen bei den Sprachkenntnissen abzuleiten sind.
  - Gibt es diese Liste bereits und wenn ja, was ist das Ergebnis?
3. Kindergärten in der Pernau
  - a. Wie lautet der genaue Zeitplan für den Neubau bzw. die Sanierung der Kindergärten in der Pernau?
  - b. Wann wird mit dem Bau des Kindergartens auf dem neu erworbenen Grundstück in der Pernau begonnen?
  - c. Wann wird das Gebäude in der Lessingstraße abgerissen?

- d. Wann übersiedeln die Kinder der Lessingstraße in einen anderen Kindergarten?
- e. Wann ist mit dem Neubau in der Lessingstraße zu rechnen?
- f. Wird der Kindergarten Herderstraße ebenfalls ausgebaut? Falls ja, wie ist der Zeitplan?

Bgm. Dr. Rabl: Frau StR. Josseck-Herdt wird die Anfrage in der Sitzung am 16.09.2019 mündlich beantworten.

### Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Kreditüberschreitung für den Brandschaden in der Polytechnischen Schule  
Verf-015-I-14-2019

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Bestellung von Dienstnehmer-Vertretern in den Personalbeirat  
Verf-015-I-12-2019

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Abschluss eines Vertrages über die Vertragsübernahme und Vertragsänderung für die Räumlichkeiten Wels, Roseggerstraße 7a – 7c (ehem. Polizeiinspektion Innere Stadt), abgeschlossen zwischen der Volksbank OÖ AG, der Republik Österreich (Bund) und der Stadt Wels  
Verf-015-I-13-2019

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Betätigung von Bgm. Dr. Andreas Rabl als Aufsichtsrat der WAG Wohnungsanlagen GmbH, Linz;  
Zustimmung des Gemeinderates  
Verf-015-I-11-2019

Vzbgm. Kroiß verliert den in der Anlage 4 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl nimmt wegen Befangenheit nicht an o.a. Abstimmung teil.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Diese Dringlichkeitsanträge werden wie üblich nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend „Klimanotstand“  
Verf-015-I-10-2019

GR. Mag. Teubl: Es ist heute vielleicht einer der heißesten Tage dieses Jahres, dennoch ist das nicht der Grund für diesen heutigen Antrag. Wir bringen den Antrag ein, die Stadt Wels möge den Klimanotstand erklären. Ich möchte kurz darauf eingehen, wie wir auf diese seltsam klingende Idee kommen.

Meine Damen und Herren, es ist seit Jahrzehnten Schulbuchwissen, dass wir es dem natürlichen Treibhauseffekt auf der Erde zu verdanken haben, dass dieser Planet überhaupt bewohnbar ist. Es ist aber auch Schulbuchwissen, dass dieser natürliche Treibhauseffekt seit Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und verstärkt im 20. Jahrhundert durch die Emissionen aus Industrie, Verkehr und der Energieerzeugung sowie vielen anderen Fällen zusätzlich verstärkt werden. Da geht es nicht nur um das CO<sub>2</sub>, das meistens im Mittelpunkt der Diskussionen steht, sondern es geht natürlich auch um Methan, Ozon, Kohlenwasserstoffe und vieles mehr was die Atmosphäre belastet.

Spätestens seit der Jahrtausendwende warnen uns Wissenschaftler aus aller Welt vor der noch immer rascher zunehmenden Erderwärmung. Inzwischen leugnen nur mehr einige wenige hartnäckige Ignoranten den Mensch gemachten Anteil am Klimawandel, der sich inzwischen meines Erachtens zu einer veritablen Klimakrise ausgeweitet hat. Eine Klimakrise, die für uns alle schon bald – zu bald – in einer weltumspannenden Klimakatastrophe münden wird, wenn die Weltgemeinschaft nicht endlich energische Maßnahmen dagegen ergreift. Dennoch passiert nach wie vor viel zu wenig und Österreich ist – das ist besonders tragisch – sogar das europäische Schlusslicht bei der Erreichung der vereinbarten Klimaziele.

Wie ist das möglich, fragt man sich. Oft hört man, dass die Menschen die Auswirkungen der Klimakrise am eigenen Leib spüren müssen bevor sie bereit sind zu handeln. Aber, frage ich sie, spüren wir sie nicht schon längst? Seit Jahren verzeichnen wir immer neue Temperaturrekorde, 2013, 2015 und 2017 hatten wir in Österreich bereits mehr Hitzetote als Verkehrstote, 2018 gab es in der österreichischen Landwirtschaft Dürreschäden in der Höhe von 210 Mio. Euro und auch in den Jahren davor beträchtliche Ernteauffälle aus Klimagründen. Es gibt, wie jeder beobachten kann, längst keinen richtigen Winter mehr mit viel Schnee über mehrere Monate, so wie man es von früher gewohnt ist. Den Übergangsmantel kann man getrost im Schrank hängen lassen. Denn Frühling und Herbst sind ausgestorbene Jahreszeiten.

Die gerade gekommenen Einwendungen sind reflexartig, aber nichts desto trotz vollkommen daneben. Denn Klima und Wetter sind zwei völlig verschiedene Angelegenheiten und Einzelereignisse, wie dass es dann doch einmal einen Winter mit etwas Schnee gibt, werden uns nicht darüber hinwegtäuschen können, wie die langfristige Entwicklung verlaufen wird.

Aber all diese Beobachtungen scheinen uns nicht ausreichend zu sein um endlich zu verstehen, dass es bei den Veränderungen, die wir weltweit beobachten können, es sich nicht um lineare Prozesse handelt. Um Prozesse, die praktisch in immer gleichem Ausmaß eine Zunahme der Erwärmung mit sich bringen, die mit immer gleicher Geschwindigkeit voranschreiten, sondern dass es sich dabei um exponentiell verlaufende Prozesse handelt, deren Geschwindigkeit immer mehr zunimmt, je länger wir nichts dagegen unternehmen.

Nehmen wir das Beispiel Gletscherschmelze. Auch in Österreich wird Jahr für Jahr ein immer stärker werdender Rückgang der Alpengletscher festgestellt - das nicht erst seit einigen Jahren. Ich kann mich erinnern, bereits in meinem Studium in den 70er Jahren haben die Gletscher-Wissenschaftler davor gewarnt, dass die Gletscher einst verschwinden könnten. Jetzt ist es soweit. Es wird nicht mehr allzu lange dauern bis die Alpen tatsächlich völlig gletscherfrei sein werden.

In viel größerem Ausmaß als hier in Österreich beobachten wir das in den Polregionen, beispielsweise in Grönland, in der Antarktis. Dort können wir beobachten, dass im schwindelerregenden Tempo Eismassen in der Größe eines österreichischen Bundeslandes zum Teil abbrechen, davonschmelzen und dieses Eis für immer verschwunden ist. Aber was das bedeutet ist uns offenbar immer noch nicht klar.

Wir sehen oft im Internet erschütternde Bilder von Eisbären auf verzweifelter Suche nach Futter oder von Schlittenhunden, die durch das Wasser laufen anstatt über das Eis. Aber auch diese Bilder nehmen wir mehr oder weniger achselzuckend zu Kenntnis. Dabei sollte uns das mehr als aufrütteln. Denn durch die Gletscherschmelze wird nicht nur der Lebensraum der dort lebenden Tiere zerstört, was schlimm genug ist, sondern es wird auch insgesamt der Meeresspiegel erhöht - momentan noch sehr moderat – aber mit immer zunehmender Geschwindigkeit. Das bedeutet, dass auch in der Südsee oder im Indischen Ozean Inseln, die wir heute noch als Tropenparadiese wahrnehmen – Stichwort Malediven –, drohen im Wasser zu versinken. Die dort Regierenden sind bereits alarmiert und suchen nach Gegenden, in die sie die Bevölkerung umsiedeln können, wenn es so weit sein wird, dass ihr Lebensraum von der Landkarte verschwunden ist.

Aber nicht nur das, das Schmelzwasser von Grönland beispielsweise, das natürlich kälter ist als das umgebende Meereswasser, droht auch den Golfstrom nach Süden zu verschieben. Der Golfstrom ist, wie wir alle wissen, für West- und Mitteleuropa von entscheidender Bedeutung, weil wir dadurch wärmere Temperaturen haben als es eigentlich unserer Breitenlage zukommen würde.

Nehmen wir andererseits die Auswirkungen auf das Wetter. Es wird nicht nur einfach wärmer, auch wenn man das heute vielleicht so glauben möchte. Es verschieben sich die Klimazonen. Eine dramatische Entwicklung, die zur Folge hat, dass eine exorbitante Zunahme der Dürregebiete ins Haus steht, dass es zu Nahrungsmittel- und Wasserknappheit in weiten Regionen der Welt kommen wird und – vielleicht sollte uns spätestens das alarmieren – dass wir mit einer Flut von Klimaflüchtlingen rechnen können, gegen die die syrischen Kriegsflüchtlinge eine verschwindend kleine Gruppe gewesen sind.

Aber wir brauchen gar nicht so weit zu blicken, um die Auswirkungen der drohenden Klimakatastrophe fürchten zu müssen. Schon jetzt sind auch unsere Wälder geschwächt durch die klimatischen Veränderungen, sodass ihnen Stürme und der Borkenkäfer schließlich den garausmachen und dass die Forstwirte überlegen müssen wie sie möglichst rasch umstellen auf andere Baumarten, die natürlich nicht in ein paar Jahren nachgewachsen sein können. Und schon jetzt sprechen unsere Bauern davon, dass demnächst ein Kartoffelanbau ohne Bewässerung kaum mehr möglich sein wird. Kartoffel, von der man glaubt sie sei eines der robustesten Pflänzchen, die man sich in der Landwirtschaft nur vorstellen kann.

Schließlich stellt sich dann die Frage Bewässerung womit, wenn unsere Wasservorräte dann womöglich durch schneearme Winter und lang anhaltende Trockenheit auch erschöpft sein werden.

Meine Damen und Herren, die in unseren Breiten übliche Abfolge von Hoch- und Tiefdruckgebiet, wie man sie Tag für Tag im Wetterbericht im Fernsehen gewohnt war zu sehen, könnte oder wird bereits abgelöst durch langanhaltende gleichförmige Wetterlagen. Nicht unbedingt nur schönes, heißes Wetter, wie wir es jetzt haben. Ob es schön ist, darüber kann man diskutieren, wenn es zu lange dauert. Wir müssen auch damit rechnen, dass umgekehrt eine Schlechtwetterperiode lang anhält, dass dann enorme Regenmengen fallen, Überschwemmungen die Folge sind. Auf der anderen Seite wieder Dürreperioden, die die Ernten der Landwirtschaft zerstören und dazu führen,

dass unsere Landschaft versteppt und dass das Grün, auf das wir in Österreich so stolz sind, einem Gelb bis Gelbbraun weichen wird.

Soweit zu den naturgegebenen Auswirkungen unseres Tuns auf diesem Planeten. „Ich will dass ihr euch fürchtet“ sagte Greta Thurnberg, die großartige 16-jährige Klimaaktivistin, die die Friday for Future-Bewegung ins Leben gerufen und damit geschafft hat, dass sich weltweit immer mehr Menschen, vor allem junge Menschen, deren Zukunft wir durch unsere Untätigkeit gefährden, aktiv für den Klimaschutz einsetzen.

Ein anderer Slogan, den man oft hört, lautet: „Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel zu spüren bekommt und die letzte, die noch wirksam etwas dagegen unternehmen kann.“ Dieser Slogan bringt es auf den Punkt. Es wird aber auch oft gesagt „es ist fünf vor Zwölf“, dem kann ich mich nicht anschließen. Meines Erachtens ist es nicht „fünf vor Zwölf“. Ich halte das für falsch, denn das suggeriert, wir können den Klimawandel noch aufhalten. Das können wir nicht mehr. Ich würde eher sagen es ist „zehn nach Zwölf“. Aufhalten können wir die in Gang gesetzte Bildung nämlich nicht mehr, schon längst nicht mehr. Wir können aber sehr wohl das Ausmaß der Klimakatastrophe noch beeinflussen, die Auswirkungen beschränken. Nicht aber, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist eine Erderwärmung von drei bis sechs Grad im Laufe dieses Jahrhunderts zu erwarten. Und das - auch wenn es nicht so dramatisch klingt - ist das Szenario des Untergangs. Drei Grad mehr auf dem Fieberthermometer bedeuten unseren Tod. Drei Grad weniger bedeutete das Aussterben der Dinosaurier. Also drei Grad ist enorm viel, wenn es um die Mitteltemperatur auf diesem Planeten geht.

Die Wissenschaft spricht davon, dass die Erwärmung im Ausmaß von eineinhalb, vielleicht von zwei Grad noch zu händeln ist, dass wir in diesem Bereich noch imstande sein könnten die Maßnahmen so zu setzen, damit wir uns daran anpassen können. Aber eine stärkere Temperaturzunahme würde – und das ist nicht dramatisiert – das Leben der gesamten Menschheit bedrohen. Das haben die jungen Leute begriffen, die jeden Freitag weltweit auf die Straße gehen. Das haben unsere Politiker, die sich in den meisten Gremien damit beschäftigen, bis heute überhaupt nicht begriffen oder zumindest die Mehrheit davon nicht. Deshalb sind wir aufgerufen uns diesem Problem zu stellen. Wir müssen unsere Erde retten. Der Erde ist es ganz egal ob wir sie retten. Die braucht uns nicht, die wird auch die Menschen überleben. Aber wir brauchen die Erde und wir müssen uns im Auftrag der kommenden Generationen dazu aufraffen endlich sicherzustellen, dass menschliches Leben auf diesem Planeten auch weiterhin möglich ist. Es ist also längst Zeit zu handeln, nicht erst seit gestern.

Dazu muss die Politik erst einmal eingestehen, dass wir uns in einem Klimanotstand befinden. Zahlreiche Städte, Los Angeles, London, Vancouver, Basel u.v.a.m., in Deutschland eine ganze Menge von Städten – ich könnte da eine unendliche Liste aufzählen – aber auch New York, San Francisco, Sidney sind dabei, haben bereits den Klimanotstand ausgerufen. Auch in Österreich hat diese Bewegung bereits begonnen. Wir hatten zuerst kleinere Gemeinden, schließlich ist Traiskirchen als erste Stadt dazugekommen und Innsbruck hat den Beschluss schon fix geplant.

Meine Damen und Herren, eines muss vielleicht dazu erklärt werden, weil ich das immer wieder gefragt werde, was bedeutet denn Klimanotstand. Der Klimanotstand ist die



deutsche Übersetzung für den englischen Ausdruck climate emergency. Der Klimanotstand ist deshalb kein juristischer Begriff, er setzt daher auch keine Notstandsgesetzgebung oder einen Notstand im rechtlichen Sinn oder demokratische Prozesse außer Kraft, sondern er ist lediglich der Ausdruck dessen, dass man es ernst meint. Er ist aber auch keine leere Symbolpolitik, denn mit der Ausrufung des Klimanotstandes dokumentiert die Politik, dass sie endlich aufgewacht ist, dass sie begriffen hat, dass Klimaschutzmaßnahmen einfach nicht mehr aufschiebbar sind.

Mit der Ausrufung des Klimanotstandes würde unsere Stadt den Klimaschutz als oberste Priorität anerkennen und sich dazu verpflichten Maßnahmen zu setzen, auf Klimaverträglichkeit zu überprüfen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um einen möglichst großen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Das klingt jetzt ja nicht so schwierig.

In Deutschland fassten Städte von Konstanz bis Kiel, Aachen, Erlangen, Wiesbaden, Münster, Saarbrücken, Lübeck usw. einen derartigen Beschluss bereits. In Österreich auch einige. In den letzten Tagen erfuhren wir, dass auch einzelne Staaten bereits einen fertigen Beschluss gefasst haben, z.B. Großbritannien, Irland und zuletzt Frankreich, welches vor einigen Tagen unter Temperaturen von 45 Grad zu leiden hatte.

Der Klimanotstand ist also eine Maßnahme, mit der die Dringlichkeit der Klimakrise anerkannt wird. Das ist natürlich erst der erste Schritt auf den viele weitere folgen müssen. Das einzig Absurde an dieser Forderung ist aber nur, dass sie überhaupt notwendig ist, denn letztlich haben sich ja die Politiker im Pariser Klimaabkommen bereits dazu verpflichtet sich für die Einhaltung des „Eineinhalb Grad-Klimazieles“ einzusetzen.

Diese Pariser Klimaziele waren in der Tat das Ergebnis eines kurzen Augenblicks, in dem sich die Weltpolitik von der Vernunft hat leiten lassen. Die Pariser Klimaziele erfordern aber energische Anstrengungen auf allen Ebenen, auf subnationaler Ebene, auf nationaler Ebene, auf regionaler Ebene und auch auf kommunaler Ebene. Da ist es besonders traurig feststellen zu müssen, dass Österreich derzeit weit entfernt ist diese selbst eingegangenen Verpflichtungen auch nur einigermaßen zu erreichen und die Pariser Klimaziele zu erfüllen.

Für die angeblich neue Volkspartei beispielsweise ist Klimaschutz ein Thema, das im Wahlprogramm zur Europawahl auf Platz 74 von 76 vorkam. Vertreter der FPÖ leugneten bis vor kurzem überhaupt noch, dass es den Mensch gemachten Klimawandel gibt und die SPÖ sah bislang in der Klimapolitik auch noch nicht ihre Prioritäten. Dass jetzt aber plötzlich alle Parteien dieses Thema ansprechen, für die Nationalratswahl zum Thema machen, ist einerseits schön, erfolgt aber wie ich befürchte nicht aus innerlicher Überzeugung sondern eher aus wahltaktischen Überlegungen. Denn jetzt sehen wir, das Klimathema ist plötzlich in aller Munde und wenn man da nicht auf den Zug aufspringt, dann könnte man Probleme bekommen.

Diese Parteien sind aber bislang Klimaschützer am Plakat und in den Wahlläden. Wir werden erst sehen müssen, ob es auch eine Zustimmung gibt, wenn es um konkrete Maßnahmen geht. Eine solche konkrete Maßnahme schlagen wir ihnen heute vor und sie haben hier und jetzt die Gelegenheit dazu Stellung zu nehmen und ihre Absichten zu erklären.

Frau Umweltministerin Elisabeth Köstinger war bei der Messeeröffnung. Ich glaubte eine GRÜNE steht vor mir. Was war da los? Auf einmal war Klimaschutz ihr großes Thema. Dann schauen wir in die Praxis und ich stelle fest, was hat sie getan? – Buchstäblich nichts!

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen nahmen in Österreich nicht ab sondern sie nahmen allein im letzten Jahr um 3 % zu und das obwohl eine spürbare Abnahme dringend gegeben erscheint. Also die Klimapolitik ist bislang gescheitert. Dabei müssten sogar rein wirtschaftliche Überlegungen dazu führen den Klimaschutz ernst zu nehmen. Denn Untätigkeit in diesem Bereich kann uns teuer zu stehen kommen. Aktuelle Berechnungen, die auch das Umweltministerium bestätigt, ergeben, Österreich drohen bis 2030 Strafzahlungen von bis zu zehn Milliarden Euro. Zehn Milliarden Euro, mit denen man sehr viele andere Dinge verwirklichen könnte. Vor allem zehn Milliarden Euro, mit denen man die Klimakatastrophe doch noch sehr wirksam bekämpfen könnte.

D.h. jetzt nichts zu tun und sich in Zukunft mit Strafzahlungen oder mit den Kosten der unmittelbaren Folgen der Klimakrise herumschlagen zu müssen, ist eigentlich so absurd, dass man es nicht begreift. Entweder wir investieren jetzt in effektive, sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen oder wir zahlen später die Strafen. Wir zahlen später letztendlich auch damit, dass wir uns unsere Zukunft versauen.

Sie werden vielleicht dann einwenden und der Herr Bürgermeister sagte es in den letzten Sitzungen immer wieder, Klimaschutz sei doch keine kommunale Aufgabe. Seines Erachtens sind die Gemeinden bei dieser Thematik nicht mit den entsprechenden Kompetenzen ausgerüstet. Auf dieses Argument möchte ich noch näher eingehen.

Effektiver Klimaschutz verlangt nach Dreierlei – nach einer Energiewende, nach einer Mobilitätswende und nach einer Ernährungswende. Für jedes einzelne dieser drei Gebiete können wir als Stadt sehr viel tun, vor allem sehr viel mehr tun als heute.

Lassen sie mich mit einer guten Nachricht beginnen. Mit der Eröffnung des neuen Traunkraftwerkes in Traunleithen im kommenden Jahr wird Wels mit Strom aus erneuerbarer Energie - sprich aus Wasserkraft - zur Gänze versorgt werden können. Das ist eine wunderschöne Nachricht. Das war es aber auch schon. Die vielversprechenden Ansätze, die Wels im energiepolitischen Bereich hatte, die auf das Energiestadt-Konzept aus dem Jahr 2013 zurückgingen, sind inzwischen im Sand verlaufen. Die Einsetzung eines Energiestadt-Verantwortlichen ist unterblieben, das Konzept selbst wurde schubladiert. Es gab daher keine Offensive zur thermischen Sanierung des Altbestandes, die Förderungen dafür wurden ebenso abgeschafft wie die Förderungen für Solar- und Photovoltaikanlagen. Das öffentliche Photovoltaik-Projekt auf der Messehalle 21 blieb meines Wissens ein Einzelfall, obwohl es jede Menge Messehallen, Supermärkte, Fabrikgebäude, vermehrt Wohnanlagen, die Flachdächer im großen Ausmaß aufweisen, gibt, die sich für solche Projekte gut eignen würden. Passivhausbau und Niedrigenergiestandards bei Neubauten werden auch nicht mehr wirklich mit der Vehemenz verfolgt, wie es nötig wäre. Auch der beschleunigte Ausbau des Fernwärmenetzes und die Förderung von Solar-Cooling könnten durchaus etwas mehr vertragen.

Die Stadtplanung müsste heute schon vorsorgen für die Klimaveränderungen, die auf jeden Fall auf uns zukommen. Wir wissen, in einer Straße mit einer alten Baumallee und

einem Grünstreifen sind die Temperaturen um bis zu zehn Grad kühler als in einer Straße ohne jedes Grün. D.h. wir brauchen in unserer Stadt mehr Grünflächen, mehr Bäume, mehr Pflanzen im Straßenraum, Begrünungen von Dächern und Hausfassaden, um der bevorstehenden Erwärmung wirksam trotzen zu können. Wir müssen endlich aufhören mit der Bodenversiegelung durch Parkplätze bei Einkaufszentren und den Straßenbau, weil wir damit auch den Wasserhaushalt schädigen. Und wir müssen natürlich Vorreiter sein bei den städtischen Gebäuden was eine Energieeffizienz anlangt.

Beim Thema Verkehrspolitik, bei der Mobilität schaut es leider noch trauriger aus. Der motorisierte Individualverkehr sollte schon längst zurückgegangen sein. Die Wirklichkeit ist anders, er nimmt immer weiter zu. Die Welser Mobilitätswende liegt in weiter Ferne. Wir verherrlichen immer noch das Auto als Fetisch und das nicht nur bei so sinnlosen Veranstaltungen wie den „Nights of Wheels“ sondern auch im verkehrspolitischen Alltag. Eine Ausweitung der Fußgängerzone zunächst auf den ganzen Stadtplatz und in weiterer Folge auf weitere Teile der Innenstadt wird nicht einmal angedacht. Enorme Flächen dienen ausschließlich dem Abstellen von Autos. Lenkungsmaßnahmen zur Verringerung des Individualverkehrs werden aus purer Feigheit vor dem nächsten Wahltermin nicht ergriffen, obwohl deren Effizienz augenscheinlich wäre.

Auch hier ein kleiner Lichtblick – die von uns kürzlich beschlossenen Leitlinien für den Radfahrverkehr. Aber auch diese wird man an der Realisierung messen müssen. Wenn man weiß, dass die jährlichen Budgetmittel in Salzburg 13 Euro betragen, dass Innsbruck 37 Euro für den Radverkehr ausgibt und Radkersburg 145 Euro, in Wels hingegen die Summe bei 4 Euro in den Radleitlinien festgeschrieben ist, braucht man nicht gerade zu befürchten, dass unsere Stadt das Kopenhagen Oberösterreichs wird.

Der öffentliche Verkehr in Wels ist nach wie vor ein Jammer. Daran ändert auch nichts, dass es inzwischen doch einen Abendbus gibt. Es gibt weiterhin keinen Bus am Sonntag, keinen Citybus, keine Anbindung von Welios und dem Messegelände, keine Ringlinie, keine vernünftige Anbindung des Bahnhofs, keine Attraktivierungsmaßnahmen wie Echtzeitanzeigen, eine brauchbare App für das Handy oder eine übersichtliche Tarifstruktur.

Sie sehen ich könnte diese Aufzählung noch endlos fortsetzen, aber ich glaube das ist nicht in ihrem Sinne. Meine Damen und Herren, ich sehe bereits einige sehr gelangweilte Gesichter und weiß sie wollen es nicht wahrhaben, dass zur Erreichung der Klimaziele auch Wels einen Beitrag leisten müssen. Es wird nicht reichen die eine oder andere der von mir genannten Maßnahmen zu verwirklichen, sondern es wird der Realisierung all dieser Maßnahmen und so mancher anderer, die ich gar nicht genannt habe, auch noch bedürfen, wenn wir wirksam werden wollen.

Wenn sie, wie ich befürchte, diesen Antrag infolge der Dramatik der Situation und der Dringlichkeit, mit der wirksame Maßnahmen zu ergreifen wären, wieder einmal in einen Ausschuss verweisen werden und damit auf die lange Bank schieben, dann beweisen sie eigentlich nur eines. Nämlich, dass sie nichts verstanden haben. Was wir brauchen ist ein Beschluss hier und heute und natürlich reicht das nicht. Natürlich müsste dem dann eine Konkretisierung folgen, müssen einzelne Maßnahmen überlegt werden. Wir müssen in jedem einzelnen unserer Ausschüsse im Herbst dieses Thema auf die Tagesordnung setzen und überlegen welche Maßnahmen möglich sind und damit so rasch wie möglich zu einem umfangreichen Maßnahmenkatalog kommen, der so rechtzeitig kommt, dass er

auch im nächsten Budget berücksichtigt werden kann. Denn ohne Geld gibt es nicht nur keine Musik, sondern auch keinen Klimaschutz. Wenn das nicht passiert, dann haben wir einen folgenschweren Fehler begangen. Die Ausrufung des Klimaschutzes hier und heute wäre ein Zeichen liebe Kollegen, dass uns klar ist, dass in unserer derzeitigen Situation Klimaschutz nicht länger warten kann, dass Klimaschutz nicht mehr länger irgend ein politisches Ziel unter vielen sein kann, sondern das oberste politische Ziel sein muss. Die Ausrufung des Klimanotstandes wäre ein Zeichen, dass die Politik nun endlich vom Sonntagsreden-Modus in den Handlungs-Modus überzugehen gewillt ist.

Lassen sie mich zuletzt die renommierte Klimaexpertin Helga Kromp-Kolb zitieren, die in einem Interview der Kronen Zeitung einen sehr gewagten Vergleich aufstellte. Sie meinte: So wie wir unsere Eltern gefragt haben: Mama, Papa, wie war das im Nationalsozialismus? Was hast du gewusst? Was hast du getan? – so werden uns einmal unsere Kinder und Enkelkinder fragen: Mama, Papa, wie war das mit der Klimakatastrophe? Was hast du gewusst? Was hast du getan? Und wenn ich dann antworte hat sie gemeint: Ich bin trotzdem auf Shoppingtour nach London geflogen – dann wäre das keine schöne Antwort.

Meine Damen und Herren, eines ist gewiss. Wenn wir Politiker antworten würden „Wir haben leider zu lange zugeschaut. Wir haben nicht geglaubt, dass es so dramatisch ist und dann war es leider zu spät“, dann würden wir bei unseren Kindern und Enkelkindern als erbärmliche Egoisten dastehen, die ihnen eine lebenswerte Zukunft vermässelt haben. Und das wollen wir doch alle nicht! Deshalb sollten wir endlich aufwachen und handeln. Ich ersuche sie unseren Antrag zu unterstützen.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank. Herr Mag. Teubl eine Richtigstellung: Erstens sagte ich im Gemeinderat niemals, dass der Klimaschutz keine kommunale Aufgabe ist. Ich ersuche sie mir das mit einem Protokoll zu belegen. Zweitens bekommen sie von mir einen Ordnungsruf: Es ist völlig inakzeptabel, dass sie den Nationalsozialismus mit dem Klimawandel vergleichen. Das finde ich unpassend in jeder Hinsicht.

Vzbgm. Huber: Danke lieber Walter für deine Ausführungen, die wirklich punktgenau waren. Als Umweltreferentin unterstütze ich gemeinsam mit der SPÖ-Fraktion diesen Antrag der GRÜNEN und hoffe, dass dieser auch so angenommen wird. Schließlich haben jetzt alle Parteien den Klimaschutz entdeckt. Wir nicht nur jetzt gerade vor der Wahl. Wenn wir uns ernst nehmen, müssen wir auch handeln. Ich darf und möchte es nochmals bekräftigen: Ein Klimanotstand – was ist das? Einfach ein Bekenntnis. Eine Stadtregierung, die einen Klimanotstand ausruft, erkennt damit an, dass Maßnahmen zum Klimaschutz dringend ergriffen werden müssen. Wie gesagt, die Gemeinden Michaelerberg, Pruggern und Traiskirchen haben es uns schon vorgemacht, Innsbruck wird folgen.

Durch den Beitritt zum Europäischen Klimabündnis mittels Gemeinderatsbeschluss im Jahr 1992 hat die Stadt Wels bereits frühzeitig die Bedeutung des Klimaschutzes erkannt und erstmals darauf folgend ein ökologisch wirkendes Abfallwirtschaftskonzept und Maßnahmenkonzept zur Überprüfung unserer Lebensgrundlagen Wasser, Luft und Boden beschlossen. 1997 haben wir mit der Erstellung eines Energiesparkkonzeptes für die Stadt Wels begonnen. Zahlreiche Maßnahmen wurden damals wirklich umgesetzt. Dieses Projekt wurde 2008 auf höhere Ebene, nämlich auf das Projekt Energiestadt Wels

gehoben. Es war ein ganz tolles Projekt, viele Handlungsfelder haben sich aufgetan. Die Stadt Wels hatte damals eine Vorreiterrolle in diesem Bereich.

Die Evaluierung dieses Berichtes liegt mir jetzt vor. Es gibt bereits einen Termin für eine Besprechung, wo wir uns darauf verständigen was die nächsten Maßnahmen sind. Die Handlungsfelder sind seit Jahrzehnten bekannt. Diese gehören im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes weiter und umfassender vorangetrieben. Wir müssen uns einfach eingestehen, dass zu einer Zielerreichung für einen umfassenden Klimaschutz noch viel mehr getan werden kann und wir in der Stadt etwas tun können, weswegen der vorliegende Antrag unsere grundsätzliche Zustimmung findet. Ich weiß schon, manche werden sagen der „Notstand“-Begriff ist etwas überzogen und mancher sagt vielleicht zu drastisch. Es ist wirklich Zeit hier etwas zu tun. Erkennen wir einfach die Dringlichkeit an und setzen die notwendigen Schritte.

Aber dazu braucht es nicht nur unser heutiges Bekenntnis. Dazu braucht es auch entsprechende Personal- und Finanzressourcen. Das Thema Klimawandel, Klimaschutz beinhaltet viel mehr als nur den Umweltschutzbereich. Es beinhaltet unsere Gesundheit, die Grünraumplanung, die Stadtentwicklung spielen dabei wesentliche Rollen. Hitzewellen werden in Zukunft die stärksten negativen Folgen des Klimawandels für die Gesundheit der Bevölkerung mit sich bringen.

Auch das Projekt Energiestadt Wels hat nur so gut funktioniert, weil ein Lenkungsausschuss, ein Projektleiter, ein zehnköpfiges Projektteam aus internen, externen Mitarbeitern, die sich mit der umfassenden Materie befasst haben, eingerichtet wurde und zudem 300.000 Euro damals für externe Leistungen bereitgestellt waren. Aufbauend auf den umgesetzten Maßnahmen der letzten 20 Jahren, den vorliegenden Erkenntnissen und mit dem Wissen der eww ag, der Wels Strom GmbH einen leistungsstarken zukunftsorientierten Partner zu haben, sollten wir diesen gemeinsamen Schulterschluss für einen forcierten Klimaschutz in der Stadt Wels annehmen. Das sollte uns gelingen.

Mit Ende des Jahres geht enormes Know how im Hause verloren. Es geht nämlich Peter Ströher in Pension. Wie geht es weiter? Derzeit sucht man einen Nachfolger. Seit 1982 war der Umweltschutz eine eigene Dienststelle. 2017 war das dann nicht mehr so. Bekennen wir uns zum Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsmaterie, weil es in so vielen Bereichen aufschlägt. Ich unterstütze daher die Forderung nach einem Klimaschutzbeauftragten. Wenn es nach mir geht, sollte diese Position in einer Stabstellenfunktion verankert werden und nicht irgendwo nebenbei so laufen.

Bitte machen wir einen gemeinsamen Schritt und tun etwas. Ich darf nur ein Bild zeigen (Vzbgm. Huber zeigt zwei Bilder vor) – ohne Bäume – mit Bäumen die Temperaturen in einer Stadt. Also wir können ganz sicher in diesem Bereich etwas tun. Daher ein klares Bekenntnis heute – lassen sie uns weiterarbeiten!

GR. Scheinecker, BA: Ich möchte nur kurz festhalten, warum die SPÖ-Fraktion diesen Antrag unterstützen wird. Im Wesentlichen hat das mit einer sehr grundlegenden Sache zu tun – bei all unseren Entscheidungen sind wir der Zukunft dieser Stadt verpflichtet. Das wissen wir. Mit jedem Budget müssen wir definieren, wie zukünftige Generationen in unserer Stadt leben werden. Ähnlich sollte das eigentlich beim Umwelt- und Klimaschutz funktionieren. Also bei jeder unserer Entscheidungen sollte mitbedacht werden, was das

für Auswirkungen auf unsere Kinder, auf zukünftige Welser, haben wird. Insofern ist es höchst an der Zeit uns das bewusst zu machen. Das nicht nur auf Wahlplakate zu schreiben, sondern tatsächlich erklären es ist höchste Zeit zu handeln, wenn man Medien verfolgt, wenn man sich anschaut wie Jugendliche auf die Straßen gehen und sich engagieren und versuchen konstruktiv zu werden. Es gibt eine ganz klare Forderung an die Politik – das ist dieses Bekenntnis, dass Umweltpolitik nicht nur eine Individualaufgabe ist, sondern ganz grundsätzlich eine Aufgabe, die auch wir in der Politik vor uns hertragen sollten. Es ist höchst an der Zeit das zu tun. Die gesamte SPÖ-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Wir sollten nicht nur auf einer wirtschaftlichen Seite zukunftsfruchtig denken, sondern vor allem auf einer umwelt- und klimaschutz-technischen Seite.

StR. Lehner: Silvia Huber sah es voraus – mit dem Begriff Notstand habe ich als Wirtschaftsreferent tatsächlich ein Problem, denn unsere Aufgabe als Politik und vor allem meine Aufgabe als Wirtschaftsreferent ist es Mut zu machen, Optimismus zu verbreiten. Wenn ein Aufruf von einem jungen Mädchen kommt unter dem Motto „wir sollen uns fürchten“, dann verstehe ich ihr Anliegen. Dieses Anliegen ist zutiefst notwendig und wichtig, aber die Botschaft ist eine, die der Jugend eine Perspektive nimmt. Denn Angst sollten wir als Gemeinderäte nicht unterstützen. Wir sollten den Menschen Mut machen, ihnen Zuversicht geben und alles unternehmen im Klima- und Umweltschutz, um die Welt besser zu machen, die Natur unseren Kindern und Enkelkindern in einen lebenswerten Zustand zu übergeben, damit sie die Bodenschätze, die Pflanzenvielfalt auch erleben können. Daher ist es wichtig viele der angeführten Maßnahmen umzusetzen.

Meiner Meinung nach wird ein Klimaschutzbeauftragter alleine nicht reichen, sondern in Wirklichkeit ist es Chefaufgabe. Darunter verstehe ich jetzt nicht, dass wir das alles an den Herr Bürgermeister delegieren, sondern Chefaufgabe heißt, dass wir als Gemeinderäte, als Stadtsenatsmitglieder bei unseren Handlungen, bei unseren Entscheidungen auf diese Thematik Rücksicht nehmen. Ganz egal ob es im Bereich der Stadtentwicklung ist, wo wir gerade daran arbeiten zum Thema Versiegelungsanteil eine neue Richtlinie zu erlassen, um genau diese Erhitzungsthematik zu reduzieren oder auch im Verkehrsreferat, bei den Parks oder bei sonstigen Dingen. Jeder einzelne von uns ist gefordert, das zu seiner eigenen Chefaufgabe zu machen. Unabhängig was heute beschlossen wird liegt es an den einzelnen Personen wie sie im Alltag mit dem Thema Umwelt- und Klimaschutz umgehen, wie sie mit der Natur umgehen, wie sie selbst Ressourcen verbrauchen. Im politischen Handeln ist es doppelt wichtig die richtigen Entscheidungen zu treffen und all unsere Maßnahmen immer wieder unter dem Thema Klimaschutz zu betrachten. In Verbindung mit der klassischen Botschaft, dass wir eine Politik machen, die Menschen keine Angst einflößt sondern eine Politik betreiben, die Menschen unterstützt, sie fördert und solidarisch ist. Das wäre mein Ziel, also kein Notstand sondern ein Aktivitätsplan zum Thema Klimaschutz. Klimaschutz ist Chefsache, nämlich unsere eigene.

GR. DI. Haydinger: Herr Mag. Teubl, sie haben in ihrer Wortmeldung offensichtlich einiges aus dem Film „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gores zitiert. Ich darf sie darauf hinweisen, der ehemalige Präsidentschaftskandidat von Amerika schaffte es mittlerweile durch CO<sub>2</sub>-Zertifikathandel usw. zum Milliardär zu werden. Auch darf ich sie darauf hinweisen Herr Mag. Teubl, dieser Film darf in vielen Ländern, wie z.B. in England, nicht

mehr gezeigt werden, wenn im Vorlaufspann nicht darauf hingewiesen wird, dass dieser Film voll von Lügen und von wissenschaftlich widerlegbaren Daten ist.

Weil sie vorher das Schmelzen unserer Gletscher ansprachen: Der berühmteste Gletscher in Österreich ist die Pasterze – das Wort kommt aus dem slowenischen und heißt Weideland. Warum? Weil es bis zur letzten Zwischeneiszeit Weideland war.

Zum vorher so ruhmreich gelobten Kraftwerk Traunleithen darf ich sie daran erinnern, die GRÜNEN haben sich im Jahr 1996 beim Kraftwerk in Lambach angekettet, um dieses Wasserkraftwerk zu verhindern.

Natürlich können wir uns Gedanken darüber machen welche Maßnahmen wir in der Stadt Wels setzen können, um auf das Mikroklima und das Stadtklima positiv Einfluss zu nehmen. Es ist ja auch nichts Neues. Wir hörten gerade in Wien und Graz boomen Projekte mit Fassadenbegrünungen. Auch in Linz ist man schon drauf gekommen, pflanzt man Bäume wird es am Parkplatz oder Hauptplatz kühler– Welch Wunder! Auch begrünte Dächer verbessern das Klima in einer asphaltreichen Stadt.

Es gibt natürlich Maßnahmen, die dazu beitragen können Hitzetage in der Stadt zu reduzieren. Aber warum Herr Mag. Teubl so apokalyptisch und nicht auf den Tatsachen der Realität? Sie schreiben in ihrer Begründung „Wir sind die erste Generation, die die Auswirkung des Klimawandels zu spüren bekommt“. Was für ein Unsinn! Den Klimawandel gibt es seit vier Milliarden Jahren. Und auch weil es ständig durch die Medien ging, möchte ich es ansprechen: Die Wikinger haben im 15. Jahrhundert Grönland, wo sie Ackerbau betrieben, aufgeben müssen aufgrund der einsetzenden Zwischeneiszeit. Diese Zwischeneiszeit dauerte bis ins 19. Jahrhundert. Das ist alles dokumentierbar. Die Themse war monatelang zugefroren. Ebenso der Hafen in New York. Sie kennen sicherlich auch die berühmten Bilder von Dieter Bruegel mit verschneiten Landschaften, wo die Menschen auf den Kanälen in Amsterdam eisgelaufen sind. Das ist ja alles noch nicht so lange her.

Auch die Wissenschaftler haben damals im 19. Jahrhundert ihre Landesherren darauf aufmerksam gemacht, dass sie größere Lebensmittelvorräte für die Bevölkerung anlegen sollten. Als Grund gaben sie den einsetzenden Klimawandel an.

Sie erwähnten auch noch, wir sind die letzte Generation, die imstande ist den Klimawandel auf ein noch halbwegs verträgliches Maß zu begrenzen. Warum immer diese Angstmache? In den 70er Jahren wurde uns eingeredet, dass wir auf eine neue Eiszeit zusteuern. Es würden neue Hungersnöte auf uns zukommen. In den 80er Jahren hieß es aufgrund des sauren Regens werden die Wälder aussterben und im Jahr 2000 wird es in Europa keine Bäume mehr geben. In den 90er Jahren wurde mit dem Ozonloch Angst und Schrecken verursacht.

Natürlich kann man mit Angst die Dinge ganz anders anpacken und umsetzen als mit Freude und Frieden. Aber gewisse Kreise in der Politik wollen offensichtlich die Wirtschaft ankurbeln. Dann kommt immer von der Gegenseite, wir Freiheitliche sind gegen Umweltschutz, gegen die Energiewende. Aber niemand, der halbwegs frisch im Kopf ist, ist gegen den Umweltschutz oder gegen eine Energiewende. Umweltschutz ist auch Heimatschutz, daher sind wir für eine Energiewende und eine umweltfreundliche Zukunft. Aber für CO<sub>2</sub>-Steuern und die Erhöhung von Treibstoffpreisen, das vor allem von den

GRÜNEN verlangt wird, sind wir nicht zu haben. Umweltschutz mit den Menschen und nicht mit der Angst der Menschen.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den Umweltausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. DI. Haydinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 5) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
10 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. KR. Schönberger und GR. Zaunmüller sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Josef Brandmayr, 4631 Krenglbach;  
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD  
BdB-325-01-5-2019

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.06.2019:

Herrn Josef Brandmayr, 4631 Krenglbach, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR. a.D. Ernst Kirchmayr, Wels;  
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD  
BdB-325-01-6-2019

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.06.2019:



Herrn GR. a.D. Ernst Kirchmayr, Wels, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

GR. Ganzert: Sie erlauben mir in Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion über Ernst Kirchmayr einige persönliche Worte zu verlieren. Über 20 Jahre war GR. a.D. Ernst Kirchmayr Bademeister in der Stadt Wels. In dieser Zeit rettete er acht Leben. Wenn wir mit Ernst darüber sprechen, merken wir wie stolz er auf seinen Weg ist – vom „Badewaschl“, wie er sich selbst nannte, zum Personalvertreter des Magistrates der Stadt Wels - einer sehr verdienstvollen und ehrwürdigen Aufgabe. Bei der letzten Personalvertretungswahl spürte man den Geist von Ernst Kirchmayr, sodass die Fraktion der Sozialdemokratischen Gewerkschafter so ein gutes Ergebnis erzielen konnte.

Auch in der Fraktion war Ernst Kirchmayr ein ganz wichtiger Partner. Er schaffte es immerhin mit Vorzugsstimmen zweimal hintereinander in den Gemeinderat zu kommen. Das ist nicht selbstverständlich. Wir alle vermissen ihn und kennen seine Herzlichkeit und seine Späßchen.

Mit seinen Kindern und Enkelkindern hat er in der Pension viel zu tun. Ich weiß, es geht ihm gut. An dieser Stelle möchte ich mich für seine Arbeit sehr herzlich bedanken und hoffe, dass uns der Herr Bürgermeister die Möglichkeit gibt im Rahmen der Verleihung dieser Feierstunde beizuwohnen.

Bgm. Dr. Rabl: Den Ausführungen von Kollegen Ganzert kann ich mich naturgemäß anschließen, wobei ich festhalte, dass Gäste, mit denen gefeiert wird, sich der Geehrte aussuchen darf. D.h. lieber Stefan, ich würde mich mit dem Geehrten gut verständigen, dann wird er dich wahrscheinlich auch einladen. Ich werde es ihm aber nicht vorschreiben.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

4.)

KR. Alfred Lehner, 4713 Gallspach;  
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD  
BdB-325-01-7-2019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.06.2019:

Herrn KR. Alfred Lehner, 4713 Gallspach, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Hofrat Dr. Franz Haas, 4600 Schleißheim;  
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
BdB-325-01-9-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet:

Herrn Hofrat Dr. Franz Haas, Schleißheim, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992 idgF durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2019/013

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.06.2019:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Greif 2020; Kauf- und Verzichtvertrag sowie  
Wohnungseigentumsvertrag mit der KJ 50 GmbH  
SD-KFM-301/3-2019

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.06.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den Kauf- und Verzichtvertrag sowie den Wohnungseigentumsvertrag, beide abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und der KJ 50 GmbH, beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft  
eingetr. Gen.mbH, Wels, Laahener Straße 21a;  
Kauf des Teilgrundstückes Nr. 2025/2 beim APH Linzer Straße  
Einräumung eines Baurechts durch die Stadt Wels auf Grst.Nr. 2025/1  
Kaufvertrag/Baurechtsvertrag Linzer Straße  
BauD-LV-17-2017

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.06.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge

1. den Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Wels als Baurechtsgeberin und der Welser Heimstättengenossenschaft eingetr. Gen.mbH als Baurechtsnehmerin andererseits mit einem Baurechtszins in der Höhe von jährlich netto € 29.237,50 zzgl. einer allfällig gesetzlichen Umsatzsteuer, sowie
2. den Kaufvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels als Verkäuferin einerseits und der Welser Heimstättengenossenschaft eingetr. Gen.mbH als Käuferin andererseits mit einem Kaufpreis von € 381.780,--, netto zzgl. 20 % USt. in Höhe von € 76.356,--, somit gesamt € 458.136,-- beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

9.)

Park Sandwirtstraße; Vergabe der Tiefbauarbeiten  
an die Firma STRABAG AG, Linz  
SD-StaG-18-2019

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 06.06.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge das Auftragsschreiben betreffend Tiefbauarbeiten für die Attraktivierung der Parkanlage Sandwirtstraße um einen Betrag von € 92.768,95 inkl. USt. an die Firma STRABAG AG, Direktion AE Straßenbau, 4030 Linz, Salzburgerstraße 323, beschließen.

GR. Prähofer: Es ist erfreulich und eine Bereicherung für die Welser Bevölkerung, dass in dieser Periode so viele Parks neu gestaltet werden, weil sie vor allem an heißen Tagen eine natürliche Klimaanlage darstellen. Ich sprach in meiner Wortmeldung in der Gemeinderatsitzung im April 2017 im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Parks

in der Böhmerwaldstraße einen Aspekt an, der uns nach wie vor sehr am Herzen liegt. Und zwar sind es die Gebiete am Stadtrand, die in den letzten zehn Jahren sehr stark neu besiedelt wurden. Dort wohnen Familien mit Kindern, für die braucht es einen öffentlichen Freiraum um sich zu treffen und zu spielen. Denn es geht hier – wie damals schon erwähnt – auch um Verantwortlichkeiten. Ein Privatgarten kann nicht wirklich eine Alternative sein, denn Eltern sind für alles verantwortlich was in ihrem privaten Garten passiert. Sie können und wollen vielleicht auch nicht die Verantwortung übernehmen. Deshalb wünscht sich die ÖVP-Fraktion sich genau anzusehen wo es zusätzliche Freiräume in Zukunft geben könnte.

Vzbgm. Huber: Danke für die positive Wortmeldung. Wenn sie sich das Budget für die nächsten zwei Jahre ansehen sie sehen, dass wir wieder eine Reihe von Parkanlagen einerseits attraktivieren, andererseits neu gestalten oder errichten möchten. Natürlich kann man nicht alles machen, aber wir dachten an Vieles und ich hoffe die entsprechenden budgetären Mittel für die Realisierung zu bekommen.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Friedenspark Billrothstraße;  
Attraktivierung – Grundsatzbeschluss  
SD-StaG-49-2019

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 06.06.2019:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Attraktivierung des Friedensparkes“ in der unter Punkt 1. des Amtsberichtes vom 21.05.2019, SD-StaG-49-2019, dargestellten Art und Weise mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 132.000,-- brutto sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 32.000,-- brutto wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Mag. Schindler: Unsere zuständige Vizebürgermeisterin Huber setzt mit ihrer Initiative den Friedenspark bereits in diesem Jahr zu attraktivieren einen wesentlichen Schritt um die Lebensqualität der Welser in diesem Stadtteil und in ganz Wels zu erhöhen. Die Erhaltung und die Absicherung von grünen Flächen innerhalb des Stadtgebietes sind vor allem in Zeiten des Klimawandels wichtig und wesentlich. Dazu hörten wir heute bereits einiges.

In diesen Parks ist das Zusammenleben essentiell. Hier kommt man zusammen, bespricht den Alltag, es bilden sich Freundschaften unter den Kindern fürs Leben. Im Friedenspark werden viele Anreize gesetzt, damit der Aufenthalt hier so attraktiv wie möglich sein kann. Vielen Dank dafür an Frau Vzbgm. Huber und die zuständige Fachabteilung.

Einen Appell möchte ich in diesem Zusammenhang an sie alle und an alle Bürger richten: Achten wir gemeinsam bitte auf die Sauberhaltung dieser Parks und vor allem auch der Spielflächen. Vzbgm. Huber sprach im letzten Amtsblatt das Thema bereits an und wies auf die teilweise massiven Verschmutzungen hin. Auch ich als Mutter von zwei kleinen Kindern bin damit konfrontiert, dass Spielflächen in unseren Parks teilweise massiv verschmutzt sind mit Müll aber auch mit Zigarettenstummel. Wissen sie wie viele Zigarettenstummel teilweise direkt neben den Spielgeräten liegen? Wissen sie, dass diese Zigarettenstummel für kleine Kinder im Krabbelalter zu massiven Vergiftungserscheinungen führen können? Auch wenn sie nicht in den Mund genommen werden sondern liegen bleiben, schwemmt des Regenwasser die Toxine aus und sie gehen in den Grund. Insofern mein Appell, den sie bitte auch weitertragen, uns, unseren Kindern und unserer Umwelt zuliebe, damit diese Projekte wie der Friedenspark sauber gehalten werden können. Passen sie bitte auf und halten wir die Parks sauber – alle gemeinsam! Danke.

Vzbgm. Huber: Danke für diesen Appell, dem ich mich nur anschließen kann. Zum Thema Müll und Zigarettenstummel werden wir Akzente setzen und schauen wie wir das in den Griff bekommen können. Natürlich können wir die Verantwortung der Menschen nicht komplett übernehmen, das ist ein Stück Verantwortung eines jeden. Wir können nur im Präventionsbereich, im Bewusstseinsbereich intensiv tätig werden. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

11.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels  
nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009;  
Maßnahmen- und Finanzplan 2019  
SD-AWi-527-2019

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 06.06.2019:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4600 Thalheim, Am Thalbach 110, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2019 wird in einem Rahmen von € 69.159,- mit den monatlichen Akontozahlungen von € 5.763,-, alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt, genehmigt.

GR. Kittenbaumer: Diesen Tagesordnungspunkt möchte ich nutzen, um die städtische Partnerschaft mit dem Bezirksabfallverband positiv zu erwähnen. Zuerst möchte ich mich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion bei den Mitarbeitern sehr herzlich bedanken, die hier immer wieder hervorragende Arbeit leisten. So erwähne ich kurz das Projekt „Meine rote Tonne“ lobend, wo wir als Stadt Wels eine positive Vorreiterrolle haben. Zu Erinnerung: Das Pilotprojekt „Meine rote Tonne“ wurde im 4. Quartal 2018 ins Leben gerufen und in 75 Einfamilienhäusern im Stadtteil Pernau getestet. Es dient dazu

das Altpapierchaos zu vermeiden. Dieses Projekt ist wirklich super angelaufen, sodass es in dieser sog. Pilotphase II um weitere 167 Behälter erweitert wurde. Somit umfasst es nun insgesamt 242 Behälter. Aus wirtschaftlicher Sicht ist positiv zu erwähnen, dieses Projekt ist weitgehend kostenneutral.

Ein weiteres geplantes Projekt umfasst die Wohnanlagen. Hier soll vermehrt hinsichtlich Abfallvermeidung und richtiger Abfalltrennung ein Augenmerk auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden. Nach Erfüllung bestimmter Kriterien soll einer Wohnanlage ein Gütesiegel verliehen werden. Persönlich finde ich diese Idee super!

Ebenso intuitiv wie spannend klingt das neu geplante Projekt einer Kunden-App. Hier wird zukunftsorientiert der Bevölkerung eine moderne Möglichkeit gegeben sich zu informieren wie und wo ich Altstoffe richtig entsorgen kann. Des Weiteren soll hier ein positiver Bezug zu dieser Altstoffsammelzentrumsschiene erzeugt werden. Wenn die Altstoffe richtig entsorgt werden, ist es umgekehrt auch positiv für den Bürger.

Zuletzt möchte ich noch das Altstoffsammelzentrum in der Pernau ansprechen. Mir als Pernauer ist es ein großes Anliegen und sehr wünschenswert, dass auch für die Pernauer Bevölkerung in weiter Zukunft nach wie vor ein Altstoffsammelzentrum besteht. Es soll weiterhin die Möglichkeit geben barrierefrei, mit leichtem Zugang, zu diesem Zentrum zu kommen. Ebenso soll die Möglichkeit gegeben sein im Stadtteil Pernau Grünschnitt abliefern zu können.

Vzbgm. Huber: Danke für diese Wortmeldung. Zum Gütesiegel für Mehrparteienhäuser möchte ich sagen, diese Idee wurde in der Umweltkommission geboren. Dafür ein Dankeschön! In dieser Kommission wird sehr rege gearbeitet. Es ist ein gelungenes Bürgerbeteiligungsprojekt in der Stadt Wels.

Zum ASZ Pernau sind wir alle bemüht eine Lösung für den Stadtteil Pernau zu finden. Bis Mai 2020 besteht dieses in gewohnter Form. An einer Lösung wird gearbeitet.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

12.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;  
Eintrittsrecht für die Stadt Wels;  
Subpartner-Vereinbarung mit der Energie AG  
Oberösterreich Umweltservice GmbH;  
Neuabschluss  
SD-AWi-852-2019

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 06.06.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Energie AG Oberösterreich Umweltservice GmbH, 4063 Hörsching, Flughafenstraße 8, betreffend die Erbringung von Leistungen im Rahmen des Eintrittsrechts gemäß § 29b Abs. 9 AWG 2002 mit einem voraussichtlichen jährlichen Entgelt in der Höhe von € 196.280,35 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

13.)

Sonderwohnbauprogramm des Landes Oberösterreich;  
Zustimmung zum geplanten Verkauf von Wohneinheiten  
und Stellplätzen durch die WSG  
SD-KFM-28-2019

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 11.06.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegenden Vertrag betreffend Zustimmungserklärung der Stadt Wels mit der WSG Gemeinnützige Wohn- und Siedlergemeinschaft reg.Gen.mbH beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

14.)

Verein Abenteuer Familie, Kindergarten Mohnstraße;  
Abschluss einer Abgangsdeckungsvereinbarung NEU -  
Adaptierung des Vertrages aufgrund der Änderung  
der Betriebsstruktur des Trägers  
BK-KI-204-2019

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 11.06.2019:

Beiliegende Abgangsdeckungsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem Verein Abenteuer Familie – Kindergarten Mohnstraße, Wels, Mohnstraße 24, betreffend Deckung des jährlichen Abganges in Höhe von geschätzten € 240.000,-- wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl und GR. Mag. Schindler sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

15.)

Weiterführung der sozialen Familienförderung  
„Familienförderbeitrag“ bezüglich Nachmittagsbetreuung  
von Kindern ab 30 Monate bis zum Schuleintritt  
BK-KI-207-2019

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 11.06.2019:

Die Weiterführung der sozialen Familienförderung „Familienförderbeitrag“ für das Kindergartenjahr 2019/2020 für Welser Kinder betreffend der Nachmittagsbetreuung von Kindern ab 30 Monate bis Schuleintritt wird beschlossen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Scheinecker, BA: Es ist mittlerweile obligatorisch, dass ich mich zu diesem Thema melde. Wir führten dazu in den letzten Jahren durchaus rege Diskussionen. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen und zuerst betreffend soziales Familienförderprogramm festhalten, dass bei diesem relativ wenig sozial ist, weil die Förderung völlig unabhängig vom Einkommen der Familien gewährt wird. Ist eine Mutter oder ein Vater Teilzeit berufstätig und damit diese zweieinhalb Stunden in Anspruch nehmen kann, ist das sehr schön. Allerdings werden die Alleinerziehenden in Vollzeitbeschäftigung von diesem Modell nicht profitieren, weil sie auf eine Ganztagesbetreuung angewiesen sind. Ganz egal, wie hoch der Verdienst ist und seien es nur 1.200 Euro/brutto im Monat, so haben sie einen Mindesttarif zu bezahlen, weil der von der SPÖ-Fraktion geforderte Nulltarif als Abfederung abgelehnt wurde.

Zweitens möchte ich zur Presseaussendung der stellvertretenden Landeshauptfrau anmerken, dass es sich in Wels um eine reine Alibientlastung handelt. Sehen wir uns die



Zahlen an (es ist gut uns hier Modelle auszudenken, die uns etwas helfen könnten), sprechen diese nicht dafür, dass dieses Familienfördermodell gut greift. Wir haben eine Abmelderate von 35 Prozent und ein Großteil dieser sich nicht mehr in der Nachmittagsbetreuung befindlichen Kinder hat einen Sprachförderbedarf. Das alles wird in unsere Überlegungen und unseren zukünftigen politischen Entscheidungen nicht mit aufgenommen.

Wir werden dieser Familienförderung – ob sozial oder meiner Meinung nach nicht – zustimmen, weil jede Erleichterung, auch wenn es nur der kümmerliche Versuch einer Erleichterung ist, ist eine Erleichterung. Trotzdem bleibt nach einer längeren Zeit, in der die Nachmittagsgebühren wieder eingeführt sind, unterm Strich stehen, dass sich die Kinderbetreuung in Oberösterreich verschlechtern, zu einem Kostenfaktor für junge und generell für Familien wird. Die Kinderbetreuungs-nachmittagsgebühren sind de facto eine Strafgebühr, welche der SPÖ so nicht zu Gesicht stehen würde.

GR. Stojanovic, BSc: Das Land hat ein Angebot, welches es sich nicht mehr leisten kann, kostenpflichtig gemacht und wir haben versucht dieses sozial ausgewogen zu gestalten. Würde man in diesem Zusammenhang behaupten, dass sich Eltern diesen Nachmittagsbetreuungsbeitrag nicht leisten können, dann glaube ich haben wir wirklich versucht ausgewogen einen für die Eltern annehmbaren Tarif zu wählen. 42 Euro pro Monat bzw. 2,10 pro Tag für eine qualitative Kinderbetreuung sind nicht wirklich viel Geld und muss es jedem Elternteil wert sein die Kinder in einer guten qualitativen Betreuung unterzubringen.

An dieser Stelle möchte ich mich natürlich bei der Abteilung bedanken, bei allen Pädagoginnen und Helferinnen, die hier eine hervorragende Arbeit leisten. Wir haben jetzt die Möglichkeit freie Kapazitäten für die Kinder nicht berufstätiger Eltern zur Verfügung zu haben. Früher war dieses Angebot nur für berufstätige Eltern und jetzt können wir auch Eltern, die nicht berufstätig sind, diese Nachmittagsbetreuung anbieten, damit die Kinder in dieser wichtigen Bildungseinrichtung untergebracht werden können. Das schafft ein zusätzliches Angebot für die Stadt.

Ja, es stimmt! Wir haben einen Rückgang und wir haben seit der Einführung Abmeldungen, aber ich sehe das ganz anders. Ich sehe, dass vielleicht die Flexibilität am Arbeitsplatz besser gegeben ist, sich die Eltern die Arbeitszeit besser einteilen können und dadurch die Nachmittagsbetreuung nicht mehr benötigt wird. Früher haben die Eltern die Nachmittagsbetreuung genutzt und die Kinder abgeholt, wann es für die Eltern passend oder angenehm war. Jetzt betreuen sie die Kinder womöglich selbst am Nachmittag.

Die Nachmittagsbetreuung im Kindergarten ist wichtig, aber ich glaube auch, dass die Kinder bei ihren Eltern gut aufgehoben sind. Wir müssen uns keine Sorgen machen, wenn die Kinder von ihren eigenen Eltern betreut werden und dürfen nicht vergessen, die Planung des Betreuungspersonals ist jetzt viel leichter und genauer.

Den Eltern ist die Betreuung ihrer Kinder wichtig und deshalb bin ich über diese Zweieinhalb-Stunden-Regelung pro Woche froh, damit teilzeitbeschäftigte Eltern, die ihre Kinder bis 12 Uhr nicht abholen können, dennoch die Möglichkeit haben ihre Kinder in den Kindergarten zu geben.

GR. MMag. Rumersdorfer: Meine Kollegin GR. Scheinecker deutete es schon an, über ein Drittel der Kinder wurden abgemeldet - das muss für uns ein Warnsignal sein. Als Politik darf uns nicht egal sein 35 Prozent der Kinder in dieser wichtigen Bildungseinrichtung zu verlieren. Wir stellten schon in einer Anfrage die Frage, aus welchen Gründen die Kinder abgemeldet wurden. Als Antwort teilte man uns mit, dass aus Datenschutzgründen keine Auskunft gegeben werden kann, weil dazu müssten wir die Eltern befragen und das würde etwas kosten. Wir wissen allerdings in den Kindergärten Herderstraße, Pernau, Neustadt und Noitzmühle waren die meisten Abmeldungen. In diesen Stadtvierteln leben viele Menschen mit unterschiedlichsten Herkunft und aus unterschiedlichsten sozialen Schichten. Genau hier müssen wir gegensteuern.

Wir werden diesem Antrag natürlich auch zustimmen, weil jede Entlastung eine gute Entlastung ist. Allerdings brauchen wir ein wirkliches System der sozialen Gerechtigkeit, damit möglichst viele Kinder von dieser professionellen Förderung und Betreuung durch Pädagoginnen profitieren. Natürlich sind die Kinder auch bei den Eltern – vor allem nachmittags bei den Müttern – gut aufgehoben. Das stellen wir überhaupt nicht zur Debatte.

Die Kulanzlösung dieser zweieinhalb Stunden greift offensichtlich zu kurz, daher wäre mein Vorschlag Geld in die Hand zu nehmen und tatsächlich die Eltern zu befragen was sie brauchen. Sie sind die Experten ihrer eigenen Lebenswelt, ihrer Lebensumstände und somit kann die Stadt die Bedürfnisse der Eltern zielsicher treffen.

GR. Mag. Schindler: Es wurde bereits sehr viel gesagt, aber diese 2,10 Euro/Tag sind es, die mich schon stören, denn bei Teilzeitarbeit sind 42 Euro im Monat dann doch einiges an anfallenden Kosten. 42 Euro haben oder nicht haben für eine Kinderbetreuung mag für uns hier nicht ins Gewicht fallen, aber es gibt Alleinerziehende oder Wenigverdiener, für die dieser Betrag sehr wohl ins Gewicht fällt. Gerade die Einführung der Nachmittagsbetreuung führte zu sehr vielen Abmeldungen in Wels und hat im Bundesland Oberösterreich die Betreuungssituation allgemein verschlechtert. Es gibt in Oberösterreich mittlerweile fast doppelt so viele Kindergärten ohne Nachmittagsbetreuung wie zuvor.

Sie haben es im Pressebericht auch angesprochen, es ist in Wels zu keinen Entlassungen gekommen. Gibt es aufgrund dieser Situation Abgänge, die nicht nachbesetzt wurden? Es wurden vom Land Umfragen durchgeführt, allerdings sind hier nicht die Eltern befragt worden. Ich erwarte mir Umfragen, die die Bedürfnisse der Eltern und der zu betreuenden Personen und nicht nur der Kindergärten widerspiegeln und simple Zahlen erfassen. Jede Statistik kann gut interpretiert werden in alle Richtungen und deshalb würde ich mir wünschen, dass etwas Geld in die Hand genommen wird und vielleicht einmal nur die Eltern der Stadt Wels zu Wort kommen und gefragt werden was sie brauchen.

GR. Schäfer, BSc: Wir als FPÖ-Gemeinderatsfraktion sind über die Weiterführung dieser Förderung froh, weil sie ein wesentlicher Abfederungsmechanismus von der neu eingeführten Regelung des Landes ist. Sie ist – ganz im Gegenteil zu Behauptung von Kollegin Scheinecker – sehr wohl sozial, denn sie kommt allen Familien entgegen.

Ja, es gab Abmeldungen, aber es gab keinerlei Kürzungen im Angebot der Stadt Wels. Woher wissen wir, wer sich abgemeldet hat? Woher wissen wir, dass diese Abmeldungen genau die Kinder mit Sprachförderbedarf oder aus sozial schwachen Familien betroffen haben? Festzuhalten ist, es gab bei der zuständigen Abteilung bzw. der Referentin keinerlei Anfragen auf Unterstützung. Vielleicht gab es Abmeldungen weil es jetzt etwas kostet und es uns etwas Wert sein muss. Es gibt keine Indizien, dass es sozial schwache Familien traf und keine Indizien, dass es sprachförderbedürftige Kinder waren.

Im Namen der FPÖ-Gemeinderatsfraktion bedanke ich mich nochmals bei Frau StR. Josseck-Herdt für ihren Einsatz diese Förderung auch weiterhin geben zu können.

GR. Wiesinger: Es wurde so viel über Geld gesprochen und mich stört, liebe Laurien, deine Aussage, weil ich nicht glaube, dass die Kinderbetreuung in Oberösterreich familienfeindlich ist. Oberösterreich ist eines von drei Bundesländern mit Gratis-Vormittag-Kindergarten. Das wird gerne vergessen und gehört deshalb hier erwähnt. Nur in Wien ist die Nachmittagsbetreuung gratis.

Beim Vergleich der Zahlen stellt sich heraus in Niederösterreich beträgt der Mindestbeitrag 50 Euro, in Kärnten und Steiermark 180 Euro, in Salzburg 72 Euro (Höchstbeitrag 440 Euro), in Burgenland 45 Euro und in der Stadt Wels 42 Euro. Man kann wegen dieser zwei Euro diskutieren, aber als Familienvater weiß ich, dass mit zwei Euro am Nachmittag nicht viel unternommen werden kann. Das heißt, die Kinder kosten auch zuhause etwas und selbst wenn es nur darum geht einen Stift oder ein Essen bereitzustellen. Das Geld alleine ist nicht der Grund für die Abmeldungen und ich denke daher, dass eine Befragung Sinn macht, weil ich das finanzielle Argument einfach hier nicht sehe.

GR. Scheinecker, BA: Nachdem ich hier sooft zitiert werde, möchte ich auf die einzelnen Erwähnungen Bezug nehmen. Woher nehmen wir unser Wissen? Weil ich eine Anfrage an die Frau Stadträtin stellte. Das sind keine Zahlen, die ich mir irgendwo hernehme. Ich sage nicht woher, sondern diese habe ich mündlich bekommen und sie mir selbst heruntergetippt.

Das zweite Argument ist die Kostenfrage. Elternbefragung finde ich eine spannende Idee. Ich mache im eigenen Umfeld zu diesem Thema viele Erfahrungen, da es sehr stark diskutiert wird. Beim Kirchen- oder Maibaumfest – auch ich bewege mich in solchen Kreisen – erzählen Mütter (durchaus auch aus konservativen Familien, welche nicht unbedingt meine Weltvorstellungen 1:1 teilen), dass die Nachmittagsgebühr nicht so schlimm sei. Mein Mann verdient ganz gut und ich habe mir mit meinem Arbeitgeber geregelt vier Stunden weniger zu arbeiten. Das sind tatsächlich keine Familien, die sich das nicht leisten könnten.

Die, die es sich irgendwann nicht mehr leisten können von ihrem eigenen Unterhalt zu leben, sind die Mütter, die noch weniger arbeiten und irgendwann die Altersarmut darstellen. Das betrifft zum großen Teil Frauen, welche aufgrund von Kinderbetreuungszeiten nicht im Berufsleben stehen können, Frauen mit jahrelanger Teilzeitarbeit. Allen diesen Frauen kämen wir entgegen, wenn wir nicht darüber diskutieren ob jetzt 42 Euro viel oder wenig sind.

Bei der anderen Argumentation habe ich eine eigene Ansicht, und zwar werden nicht 42 Euro im Monat abgebucht, sondern wir sprechen von einer Abbuchung (inkl. Essen) am Monatsersten zwischen 120 und 190 Euro bei einem Kind. Jetzt denken wir kurz in die Vergangenheit mit dem leichten Wirrwarr bei den Abrechnungen, dann gibt es hier ganz abstruse Zahlen, die abgebucht wurden. Und das bei Familien, die vielleicht in einer sozialen Situation sind, wo es weh tut, wenn 240 oder 400 Euro abgebucht werden. Bei zwei Kindern und wenn eventuell eine neue Waschmaschine gekauft werden musste, wird es als vielgepriesene „Billa-Verkäuferin“ eng.

Ich denke das Finanzielle ist nicht das einzige Kriterium, aber mit einer Teilzeitbeschäftigung oder bei einem Beruf mit schlechtem Stundenlohn machen diese 42 Euro vielleicht die Entscheidung wett, sich die Arbeitszeit anders einzuteilen. Diese Dinge werden hier etwas außer Acht gelassen und insofern würde ich das gerne richtigstellen, damit man auch richtig versteht, was ich so sage.

GR. Hufnagl: In der Debatte hieß es, viele Gemeinden in Oberösterreich haben die Nachmittagsbetreuung eingestellt und in Wels besteht ein starker Rückgang, so dachte ich mir, sie haben das Ziel eigentlich erreicht. Erstens wurden die Kosten verlagert vom Land auf die Gemeinden - das ist auch nicht wirklich toll. Zweitens wurden in Summe Kosten eingespart. Denn bezahlt wird das trotzdem von den Steuerzahlern auf Kosten der Eltern und vor allem auf Kosten der Kinder.

Die Idee einer Befragung hat mir sehr gut gefallen und wir wären absolut dafür, damit endlich herausgefunden wird wer sich wirklich abgemeldet hat. Sind es Eltern, die es sich einteilen können und Besserverdiener oder sind es Menschen, die es sich nicht mehr weiter leisten können?

Es wurde gesagt die Kinder sind auch bei ihren Eltern gut aufgehoben. Hier muss ehrlich gesagt werden, dass es in der heutigen Zeit nicht ganz so ist, weil es Kinder mit Förderbedarf gibt, die vielleicht noch aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommen und hier wäre eine Nachmittagsbetreuung wirklich nicht so schlecht. Diese mögen eine Minderheit sein. Aber immer pauschal zu sagen die Kinder sind bei ihren Eltern den ganzen Tag am besten aufgehoben, würde ich so nicht unterschreiben wollen.

GR. Stojanovic, BSc: Liebe Laurien, deine Behauptung zu sagen die teilzeitbeschäftigten Mütter würden überlegen aufgrund dieser 42 Euro weniger Stunden zu arbeiten, finde ich weit weg von der Realität. Müsste ich als alleinerziehende Mutter in der Lage sein 42 Euro für die Nachmittagsbetreuung zu bezahlen und mir überlegen länger oder kürzer zu arbeiten, würde ich länger arbeiten gehen, weil das für mich als Mutter und auch für meinen Sohn etwas bringen würde.

GR. Schäfer, BSc: Frau Kollegin, wir können gerne eine Vorteilhaftigkeitsrechnung aufstellen, ob es sinnvoller ist die Stunden zu arbeiten oder diese 42 Euro einzusparen. Ich denke, hier kommen wir auf eine Lösung im Sinne der Bezahlung von diesen wirklich schmalen 42 Euro an Gebühren.

Die angesprochene Abrechnung der Kindergartengebühren hört sich immer so an, als hätte die Stadt Wels sich hier etwas vereinnahmt was ihr nicht zusteht. Wir dürfen nicht vergessen, dass es eine Zeit lang keine Abbuchungen gab und im Nachhinein wurde das aufgerollt. Der Beitrag, der sowieso ausgehen hätte werden müssen, wurde nicht gleich

ausgegeben, sondern später. Es ist keineswegs so hier mehr bezahlen haben zu müssen. Es wurde genau das vorgeschrieben, was zu kassieren war und es geht hier um einen Förderbeitrag der Stadt Wels und nicht um die Kindergartengebühren selbst. Diese sind Landessache und wir haben darauf als Stadt Wels keinen Einfluss.

Auch diese zwei Euro pro Tag wurden schon angesprochen - ich möchte das Mittagsmenü sehen, welches um zwei Euro erhältlich ist.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich bin der Meinung, dass das Kindergartensystem ein Teil des Bildungssystems ist und daher ist die ganze Geschichte anders zu betrachten. Die Gebühren - egal in welcher Höhe – sind ein soziales Auslesesystem. Einige Eltern möchten sich das nicht leisten, einige Eltern können sich das nicht leisten und manche Eltern haben keinen Zugang dazu, dass Bildung wichtig ist für ihre Kinder. Wird darüber diskutiert, so haben wir hier unterschiedliche Erfahrungen in unterschiedlichen Diskussionen mit den Menschen.

Um was geht es bei der Bildung? Bei der Bildung geht es darum, dass es die einzige Möglichkeit ist Menschen aus sozial schwächeren Milieus zu stärken und ihnen eine Zukunftschance zu geben. So frage ich mich, warum melden Eltern ihre Kinder vom Kindergarten ab, obwohl sie über die finanziellen Mittel verfügen? Aber Kinder und Jugendliche, die sich in der FABA-Quote befinden, weil sie keine Berufsausbildung haben, keine Lebenschance vorfinden, weil ihnen diese vom Elternhaus genommen wurde - das ist dann der Kollateralschaden. Wir diskutieren jetzt über 42 Euro bzw. 2 Euro pro Tag, aber nicht über die Langzeitfolgen.

Kollegin Scheinecker sprach es an, Kinder aus bestimmten Milieus brauchen jede Möglichkeit des Spracherwerbes. Identifiziere ich dann nur einen Teil der Kinder bei der Umfrage – die wichtig ist -, dass das Kinder wären, die diesen Spracherwerb brauchen indem sie konfrontiert sind mit der deutschen Sprache, so entziehe ich ihnen die Chance zum Aufschließen im Sprachbereich. In Wirklichkeit diskutieren wir über eine Gebühr und eigentlich reden wir über die Zukunft unserer Kinder – und zwar aller Kinder.

Das ist eine Themenverfehlung. Man kann sich Gebühren schön reden so viel man will. Gebühren sind am Ende ein Auslesesystem. Bitte seht euch dazu den letzten Bericht des Bildungsministeriums an. Ganz egal, wie ihr das betrachten wollt. Wer das jetzt nicht erkennt ist schuld daran, wenn in 15 oder 20 Jahren die FABA-Quote noch immer so schlecht ist.

StR. Josseck-Herdt: Danke Herrn StR. Reindl-Schwaighofer für seine wichtigen Worte, denn sie haben es auf den Punkt gebracht - es ist eine Sache der Prioritätenreihung. Hier sind Eltern gefragt Prioritäten zu setzen. Wenn ihnen alles andere wichtiger ist als die Bildung der Kinder in den Kindergärten und das Mittun in der Sprachförderung, welches ich von zwei Drittel der Eltern vermissem! Wir „reißen uns die Haxen aus“ und vermitteln die deutsche Sprache mit allen Ressourcen und allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und dann müssen wir feststellen, dass es den Eltern egal ist. Das ist für unsere tollen Pädagoginnen und auch für mich sehr frustrierend.

Wenn Eltern verstehen, worum es geht und was sie für ihre Kinder erreichen können und in der Nachmittagsbetreuung Gutes tun können, dann machen sie das auch. Wir haben Kinder, wo die Mutter zuhause ist und der Vater kommt und sagt sie wollen ihr Kind gerne

in die Nachmittagsbetreuung geben weil sie wissen, dass sie davon profitieren. Er darf sie bringen und er zahlt mit Freude die Gebühr.

Wenn wir jetzt 35 Prozent weniger Kinder in der Nachmittagsbetreuung haben, so heißt das nicht, dass jetzt alle Kinder zur Zeit des beitragsfreien Kindergartens von 06.30 Uhr bis 18.00 Uhr im Kindergarten waren, sondern die wurden auch um 14.00 oder 15.00 Uhr abgeholt. Diese Rechnung haben die Eltern jetzt über das letzte Kindergartenjahr und die Ferien angestellt mit dem Ergebnis, diese zwei Stunden kann das Kind zuhause sein und mit seinen Geschwistern spielen.

Wir müssen die Kirche im Dorf lassen. Es ist jetzt nicht so, dass die ganze Betreuung zusammenbricht und die Kinder keine Möglichkeit zur Sprachförderung haben, weil die Sprachförderung am Vormittag stattfindet. Sie wird sehr gut gemacht und alle Kinder, deren Eltern mittun, werden profitieren und die anderen leider nicht.

Frau Kollegin MMag. Rumersdorfer bezüglich Personal: Es wurde niemand aus diesen Gründen gekündigt bzw. ist mir nicht bekannt, dass überhaupt im letzten Jahr irgendjemand gekündigt wurde. Wir suchen händeringend Pädagoginnen und jene, die nicht mehr in einem Kindergarten gebraucht wurden, sind in einen anderen gekommen bzw. waren einige Pensionierungen.

Die Idee zu einer Befragung ist mir selbst auch schon gekommen. Sie müssen wissen, wenn Eltern bei der Anmeldung festlegen keine Nachmittagsbetreuung zu benötigen, so ist nicht gewährleistet, dass sie einen Grund dafür nennen. Meistens wird argumentiert Jemanden dafür zu haben. Es wurden auch früher Kinder am Nachmittag von der Mutter betreut, die zuhause war. Unsere Ressourcen sind zur Zeit so knapp bemessen, dass wir uns erst für nächstes Jahr eine Befragung der Eltern überlegen können. Ich bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

16.)

Pilotprojekt „Integrierte Versorgung Demenz in OÖ (IVDOÖ)“  
Demenzberatungsstelle der Stadt Wels;  
Abschluss eines Folge-Vertrages zwischen der Stadt Wels  
und der Oö. Gebietskrankenkasse für das Jahr 2019  
SO-SenB-100000-2019

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 11.06.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegenden Vertrag „Integrierte Versorgung Demenz in OÖ“ – Vertrag Demenzberatungsstelle der Stadt Wels zwischen der Stadt Wels und der Oö. Gebietskrankenkasse, 4020 Linz, Gruberstraße 77, (Beilage 1) und die Beilage 2 IVD-Feinkonzept, Version August 2013, beschließen.

GR. Hacker: Immer mehr Menschen werden in den nächsten Jahren an Demenz erkranken. Wir wissen, die Gesellschaft wird immer älter, die Lebenserwartung steigt und damit die Anzahl der von Demenz Betroffenen. In Österreich leiden derzeit 100.000 Menschen an einer demenziellen Erkrankung. Laut Schätzung der Österreichischen Alzheimer Gesellschaft wird die Zahl bis zum Jahr 2050 auf etwa 230.000 steigen. Wir in Wels haben derzeit geschätzte 700 an Demenz erkrankte Personen.

Für die Pilotphase Integrierte Versorgung Demenz in Oberösterreich, die bis Ende 2016 reichte, wurden bereits Verträge mit der OÖ GKK und der Stadt Wels abgeschlossen. Die Projektphase wurde um zwei Jahre verlängert, daher ist nun ein neuerlicher Vertragsabschluss für 2019 erforderlich.

Die Auswertungen der Demenzberatungsstelle ergab, dass im Jahr 2018 57 Klienten eine Beratung in Anspruch nahmen. Weiters wurden in Wels 53 Testungen an Personen durchgeführt. Das Training für Demenz-Erkrankungen nahmen 50 Menschen in Anspruch. Es gibt 7 Gruppen, die von 6 Trainerinnen trainiert werden. Im Jahr 2018 betreute eine Ärztin 62 Personen. Bedauerlicherweise wurde die Ärztin aus dem Programm genommen. Weiters gab es noch 3 Schulungen mit 45 Teilnehmern.

Eine Demenzerkrankung ist eine besondere Herausforderung für die Betroffenen und natürlich auch für das gesamte Umfeld. Es wurden daher Angebote mit dem Ziel geschaffen, die Lebensqualität von Menschen mit Demenz und natürlich auch ihren Angehörigen zu verbessern. Erfreulich ist, dass das Projekt unter dem Motto „Demenz erkennen – ansprechen – handeln“ im Jahr 2020 auf ganz Oberösterreich ausgerollt werden soll.

GR. Ganzert: Es fällt mir schwer nach GR. Hacker die richtigen Worte zu finden. Ich möchte ein Lob an Frau Mag. Geck aussprechen für die hervorragend geleisteten Aufgaben und Herausforderungen in der Dienststelle Seniorenbetreuung.

Seit 2012 haben wir bereits dieses Pilotprojekt. Ich bin froh, dass es der damaligen Sozialstadträtin Silvia Huber gelang 2012 dieses Projekt nach Wels zu holen, es einmal zu verlängern und jetzt wird es wieder verlängert. Dieses Projekt ist aufwandsneutral, weil max. 125.000 Euro zurückerstattet werden und wir hier nur die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

In der heutigen Sitzung habe ich gelernt, dass die FPÖ- und zum Teil auch die ÖVP-Fraktion so Manches negieren, aber zumindest die Demenzerkrankung, die Behandlung und Unterstützung dieser Menschen nicht, sondern hier wird auch geholfen. Deshalb gibt es die volle Unterstützung für dieses Projekt.

StR. Josseck-Herdt: Danke, lieber Stefan! Du in deiner charmanten Art hast mir vorweggenommen mich bei Frau Vzbgm. Huber zu bedanken für das im Jahre 2012 ins Leben gerufene Projekt. Ganz wichtig ist es für mich, mich bei Frau Mag. Geck und ihren Mitarbeiterinnen sehr herzlich zu bedanken, denn sie leisten im Bereich Seniorenbetreuung Grandioses.

Ich habe überhaupt zwei Bereichsfelder, deren Gelingen sehr abhängig vom Personal ist und ich habe sehr, sehr gute und hervorragende Mitarbeiter in der Kinder- und

Seniorenbetreuung. Diese arbeiten wirklich unter erschwerten Bedingungen und deshalb bedanke ich mich jetzt für beide Bereiche. Danke!

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

17.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarifordnung über die Festsetzung von Tarifen für die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels neu erlassen wird (Tarifordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels 2019) BK-VAS-VHS-50-2019

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.06.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Tarifordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels 2019 samt beiliegenden Vermietungsbedingungen der Volkshochschule der Stadt Wels beschließen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Einsatz von Personal im Rahmen der GTS in den Welser Pflichtschulen; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit dem ISK – Institut für Soziale Kompetenz e.V., Linz BK-Schu-121-2019

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.06.2019:

Beiliegende Rahmenvereinbarung sowie beiliegende Zuschlagserteilung betreffend die Beschaffung von Personal zur Abwicklung des Freizeitbereichs im Rahmen der ganztägig geführten Schulformen in den jeweiligen Welser Pflichtschulen mit einer Auftragssumme in der Höhe von € 741.600,-- mit dem ISK – Institut für Soziale Kompetenz e.V., 4020 Linz, Kapuzinerstraße 84b, werden beschlossen.

Einstimmig angenommen.



19.)

Einsatz von Stützkräften im Rahmen der GTS in den  
Welser Pflichtschulen; Auftragsvergabe an die Diakonie  
Zentrum Spattstraße Gemeinnützige GmbH, Linz  
BK-Schu-124-2019

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.06.2019:

Beiliegende Zuschlagserteilung betreffend die Beschaffung von Stützkräften zur Unterstützung/Abwicklung des Freizeitbereiches im Rahmen der ganztägig geführten Schulformen in der VS 2 Stadtmitte, NMS 6 Vogelweide, sowie dem Integrativen Schulzentrum Vogelweide mit einer Auftragssumme in der Höhe von brutto € 69.469,40 mit der Diakonie Zentrum Spattstraße Gemeinnützige GmbH, 4030 Linz, Willingerstraße 21, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

20.)

Öffentliche Beleuchtung, Kataster und Standsicherheits-  
überprüfung; Auftragsvergabe betreffend öffentliche  
Beleuchtung an die eww Anlagentechnik GmbH  
BauD-BauS-99-2018

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.05.2019:

1. Beiliegendes Auftragschreiben betreffend Öffentliche Beleuchtung – Elektronischer Kataster und Standsicherheitsüberprüfung von Masten mit einer Auftragssumme in Höhe von € 100.500,84 an die Firma eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, wird beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5 % zu überschreiten.

GR. KR. Schönberger: Die Erstellung dieses Katasters ist ein wichtiger Schritt, um die gesamte Beleuchtung der Stadt Wels nicht nur im Jetzt-Zustand zu erfassen, sondern

letztendlich auch um in die „letzten dunklen Ecken etwas Licht zu bringen“. Eines der ganz wichtigen Aufgaben ist sich die Beleuchtungspunkte über den Schutzwegen noch einmal genau anzusehen. Als Beispiel möchte ich den Zebrastreifen in der Puchberger Straße nennen. Ich würde mir wünschen alle Übergänge wären so ausgeleuchtet, um die Sicherheit für die Fußgänger, Kinder und Senioren in dieser Stadt in Zukunft sicherstellen zu können.

Der Antrag zu Punkt 20. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

21.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels  
betreffend Städtebauliches Leitbild „ZUSAMMEN : WACHSEN“  
für das Lokalbahnhof-Areal und Umgebung  
StP-386-01-2019 miterledigt:  
BauD-P-001-2017

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 13.06.2019:

1. Das beiliegende Städtebauliche Leitbild „ZUSAMMEN : WACHSEN“ für das Areal Lokalbahnhof und die Umgebung wird beschlossen.
2. Weiterführende Planungsprozesse der Ordnungsplanung, der Verkehrsplanung und der Umsetzungsplanung in diesem Areal müssen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften dem Städtebaulichen Leitbild entsprechen.
3. Wenn in diesem Areal Neu- oder Umbauten beabsichtigt sind, die den Vorgaben dieses Leitbilds widersprechen, dann ist unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften eine Verordnung für ein Neuplanungsgebiet zu erstellen.

GR. KR. Schönberger: Auch die SPÖ-Fraktion findet, dass dieses Leitbild rund um den Lokalbahnhof ein sehr gutes Instrument geworden ist, um für die Zukunft für die städtische Planung Ansätze zu finden. Unsere Forderung die Ausschreibung größer zu fassen und mehr Architektenteams einzuladen, um die Kreativität der handelnden Architekten und Planer vielleicht doch stärker anzustacheln, hat sich mit dem vorliegenden Beschluss bewahrheitet.

Wir finden es ist ein hervorragendes Projekt und wir glauben, dass ähnliche Projekte nicht nur auf dieses kleine Gebiet innerhalb der Stadt angewendet werden sollen, sondern durchaus auch auf andere exponierte Stadtteile. Es sollen in gewissen Bereichen die vorhandenen Flick- und Stückwerke eingedämmt oder saniert werden. Die Stadt wuchs sehr schnell und teilweise sehr unkontrolliert. Vielleicht wäre es das richtige Instrument, um die Dinge wieder in die richtigen Bahnen zu lenken für die nächsten Jahrzehnte. Es sind keine Dinge, die von heute auf morgen passieren, sondern in die

Zukunft reichende. Ich sehe dem sehr positiv entgegen und hoffe auch andere Stadtteile werden mit einem ähnlichen Projekt versehen.

GR. Schäfer, BSc: Das vorliegende städtebauliche Leitbild ist ein Meilenstein für die Stadt Wels. Bisher wurden ja bauliche und gestaltungstechnische Maßnahmen immer nur von Projekt zu Projekt beurteilt. Das ändert sich jetzt im Areal Lokalbahnhof mit diesem Beschluss grundlegend. Mit dem Leitbild „ZUSAMMEN : WACHSEN“ wird nun erstmalig eine ganzheitliche Planung über einen gesamten Stadtteil gestülpt. Mit diesem hat man sich einer ressourcenschonenden Bebauung verschrieben und einer Raumordnung, die soziale Kontakte fördert und möglich macht. Ein weiteres Hauptziel ist ein ansprechender Mix aus Wohnungen, sei es bei den Größen oder den architektonischen Ausgestaltungen.

Neben der Bebauung selbst spielt eine Vielzahl anderer Faktoren eine Rolle, wie die Freiräume und die Begrünung. Es sind Innenhöfe vorgesehen, großzügige Grünräume und die Bepflanzung von Dächern und Fassaden, wie es in vielen Städten schon üblich ist. Den klimatischen Vorteil hörten wir heute bereits.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Verkehr - es gibt ein ganzes Verkehrskonzept für diesen Stadtteil. Meine Damen und Herren, dieses städtebauliche Leitbild ist innovativ, zukunftssträchtig und eine nachhaltige Art der städtebaulichen Planung. Der Dank der FPÖ-Fraktion gilt Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger, die mit dem Planungsreferenten wesentlich an der Ausarbeitung beteiligt war.

GR. Mag. Teubl: Die Herangehensweise bei der Planung dieses Areals um den Lokalbahnhof war tatsächlich eine sehr innovative. Die Erstellung eines städtebaulichen Leitbildes erlebten wir zum ersten Mal in unserer Stadt und ich hoffe nicht zum letzten Mal, denn aus den bisherigen Wortmeldungen wird das dabei Herausgekommenes allgemein für gut befunden.

Wir waren alle über diesen enormen Schub an Kreativität überrascht, der uns von den beteiligten Teams präsentiert wurde. Außerdem war es sicher nicht ganz leicht das Siegerprojekt auszuwählen. Die Vorteile dieses Siegerprojektes wurden schon entsprechend gewürdigt. Ein Stadtteil, in dem ein Verkehrskonzept eingearbeitet ist, wo es um ökologische Aspekte geht und wo verschiedene öffentliche Räume zumindest vorgeplant sind. Ein Konzept, welches dennoch für die Architekten, die für die Realisierung der einzelnen Projekte zu sorgen haben, noch einen enormen Spielraum offen hält. Das ist sehr, sehr positiv und deshalb werden wir mit Freude diesem städtebaulichen Leitbild zustimmen. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass diese Vorgehensweise in Zukunft häufiger Einzug hält, damit wir wegkommen davon nur nachzuvollziehen was Investoren wollen in den Bebauungsplänen, sondern dass wir als Stadt auch unsere Vorstellungen einbringen und diese Vorstellungen in einer qualifizierten Weise von kreativen und gut ausgebildeten Experten uns liefern lassen. Das ist in diesem Fall passiert und dafür ein herzliches Danke an alle Beteiligten.

StR. Lehner: Ich darf mich für dieses Lob bedanken, das in Wirklichkeit allen hier Anwesenden gebührt. Vorrangig natürlich den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses - Danke für die konstruktive Mitarbeit! Den Dank an die Abteilung habe ich schon ausgerichtet, ersuche aber Herrn Magistratsdirektor diesen auch direkt weiterzugeben. Sie haben es sich wirklich verdient, denn ihre Arbeit war sehr

zukunftsweisend und wir haben vor für zukünftige Projekte auf ähnliche Art und Weise vorzugehen. Es zeigte sich es reicht nicht mehr aus objektbezogen zu planen und als Stadt Wels einzugreifen damit ein Objekt gelingt, sondern es geht um ein Quartier.

Wir sehen uns in der Stadtplanung jetzt Quartiere an und überprüfen, ob die Konzepte stimmig sind, ob der jetzigen und der zukünftigen Bevölkerung ein entsprechendes Projekt hilft, ob ein Stadtteil damit besser wird oder ob nur neuer Wohnraum geschaffen wird im Interesse von Einzelnen. Das ist eine Messlatte, die wir uns selbst auferlegt haben. Die Themen, wie wir bei Bebauungsvorgaben Versickerungsflächen optimieren und wie es gelingt, dass wir weniger abstrahlende Wärme für das Umfeld verursachen, nehmen wir in der Stadtplanung sehr, sehr ernst. Das Projekt „ZUSAMMEN : WACHSEN“ ist ein sehr guter Impuls, um uns eine zusätzliche Qualifikation zu geben.

Der Antrag zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Dr. Csar verlässt um 17.30 Uhr die Sitzung.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

### Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Kreditüberschreitung für Brandschaden in der Polytechnischen Schule  
Verf-015-I-14-2019

Bgm. Dr. Rabl: Am 15.06.2019 gab es einen Brandschaden in der Polytechnischen Schule - es war ohnehin den Medien zu entnehmen. Im Dringlichkeitsantrag steht noch, dass es keine Deckungszusage der Versicherung gibt. Inzwischen liegt diese vor; sie wurde uns heute übermittelt – das zur Richtigstellung des Antrages.

Wir benötigen aber zur Wiederherstellung des Brandschadens eine entsprechende Kreditüberschreitung und diese soll genehmigt werden. Eine Refundierung durch die Versicherung ist zugesagt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Bestellung von Dienstnehmer-Vertretern in den Personalbeirat  
Verf-015-I-12-2019

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Antrag beschäftigt sich mit einer Veränderung der Dienstnehmervertretung im Personalbeirat. Hintergrund ist die Personalvertretungswahl am 09.05.2019 und wir daher neue Nominierungen in die Personalvertretung und die Dienstnehmervertretung zu bestellen haben. Nachdem bereits im Oktober neue Personalbeiratssitzungen geplant sind, ist eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung notwendig geworden.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird  
einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Abschluss eines Vertrages über die Vertragsübernahme und Vertragsänderung für die Räumlichkeiten Wels, Roseggerstraße 7a – 7c (ehem. Polizeiinspektion Innere Stadt), abgeschlossen zwischen der Volksbank OÖ AG, der Republik Österreich (Bund) und der Stadt Wels  
Verf-015-I-13-2019

Bgm. Dr. Rabl: Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es um einen weiteren Mosaikstein für die Übersiedlung der Polizeiinspektion von der Roseggerstraße auf den Kaiser-Josef-Platz. Was ist bisher passiert? Wir haben heute schon den Antrag beschlossen, dass Wohnungseigentum ob dieser Liegenschaft am Kaiser-Josef-Platz begründet wird. Die Polizei zieht nur dann aus, wenn das bisherige Mietobjekt von der Stadt Wels übernommen wird. Das ist das, woran jetzt die Unterschrift hängt. Wir haben uns im Gegenzug mit der Fachhochschule zusammengesprochen, die Interesse hat die jetzige Polizeiinspektion zu mieten. Die Volksbank sagte sie ist mit einem derartigen Vertragseintritt vom Bundesministerium für Inneres (Republik Österreich) auf Stadt Wels einverstanden.

Das ist jetzt der Vertrag, wonach es eine Vertragsübernahme durch die Stadt Wels gibt. Das heißt, neuer Mieter dieses Objektes ist die Stadt Wels, früher das BMI. Was fehlt uns noch? Wir brauchen noch den Vertrag mit der Fachhochschule betreffend Vermietung des Areals in der Roseggerstraße. Darüber soll – soweit es heute fertig geworden ist – morgen im Stadtsenat abgestimmt werden. Außerdem brauchen wir noch die Unterschrift des Bundesministeriums. Dieser Vertrag ist die Voraussetzung für die Unterschriften.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird  
einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Betätigung von Bgm. Dr. Andreas Rabl als Aufsichtsrat der WAG Wohnungsanlagen GmbH, Linz;  
Zustimmung des Gemeinderates  
Verf-015-I-11-2019

Vzbgm. Kroiß: Der Dringlichkeitsantrag lautet: Es wird beantragt, der Gemeinderat möge der Betätigung von Bürgermeister Dr. Andreas Rabl als Aufsichtsrat der WAG Wohnungsanlagen GmbH die Zustimmung erteilen. Hintergrund ist, dass nach dem Unv-Transparenz-Gesetz insbesondere Bürgermeister in Städten mit eigenem Statut diese Zustimmung des Gemeinderates benötigen. Dazu zählt die Tätigkeit als Aufsichtsrat einer GmbH.

GR. Mag. Teubl: Ist damit ein Entgelt verbunden? Wenn ja, in welcher Höhe?

Bgm. Dr. Rabl: Ich weiß es nicht! Ich wurde gefragt, ob ich das im Rahmen meiner Tätigkeit mache und habe nicht gefragt, ob ich es bezahlt bekomme oder nicht. Das hat für mich keine vorrangige oder überhaupt keine Bedeutung. Deshalb kann ich diese Frage nicht beantworten. Ich weiß nur, früher hatte diese Funktion der Vizebürgermeister von Steyr langjährig inne.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl nimmt wegen Befangenheit nicht an o.a. Abstimmung teil.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Ich bedanke mich beim Gemeinderat, bei allen Mitgliedern und bei meinen Kollegen aus der Stadtregierung. Wir haben mit der heutigen Sitzung das vierte Jahr unserer Periode hinter uns gebracht. Es war eine durchaus sehr anspruchsvolle Sitzung, insbesondere wenn man bedenkt wie viele Tagesordnungspunkte abgearbeitet wurden. Daran erkennt man auch, dass die Beamtenschaft voll an der Umsetzung der Projekte der jeweiligen einzelnen Referenten arbeitet. An dieser Stelle auch ein Dank an alle Führungskräfte und alle Mitarbeiter im Hause Magistrat. Ich ersuche Herrn Magistratsdirektor diesen Dank allen Mitarbeitern auszurichten.

Wir kommen nunmehr zur Bürgerfragestunde, die Herr Ewald Mayr beantragte. Da dieser nicht anwesend ist, wird die Frage schriftlich beantwortet.

Der Bürgermeister wünscht einen erholsamen Urlaub, schöne Ferien und erklärt diese Sitzung des Gemeinderates für beendet.

## **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 14.10.2019 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*